

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 10/11

Halle (Saale), 10. Juni 1931

12. Jahrgang

## Alt-Preußen — Neu-Preußen

### I.

Preußen muß wieder preußisch werden! Preußen muß wieder national werden! Im alten Preußen war jeder ein freier Mann, der sich aufwärtsarbeiten konnte! — So und ähnlich lauteten die Schlagworte, mit denen die Rechtsparteien die Begeisterung der Preußenwähler für das Volksbegehren zur Auflösung des Landtags entfachen wollten. Das ist nicht gelungen, denn von 26,3 Millionen Stimmberechtigten sind ihnen nur 5,9 Millionen und viele von diesen auch nur unter dem Druck der kontrollierbaren öffentlichen Einzeichnung gefolgt. Der Ruf „Preußen muß wieder preußisch“, also so, wie es früher war, werden, hat eine ausgesprochene Ablehnung bei  $\frac{4}{5}$  aller Preußenwähler gefunden. Sie denken garnicht daran, sich nach den Zuständen im „gelobten“ Alt-Preußen zurück zu sehnen.

Im politischen Leben gerät manches nur allzu leicht und schnell in Vergessenheit. Aber die Zustände unter dem alten preußischen Dreiklassen-Wahlrecht, das erst durch die Umänderung der Staatsform — durch Neu-Preußen — weggefeigt wurde, sind denn doch wohl noch bei vielen Preußenwählern in „bester“ Erinnerung. Wie sah es in Alt-Preußen aus? Fürst Bülow prägte einst die Worte: „Preußen in Deutschland voran!“. Das wirkte wie ein bitterer Hohn im Hinblick auf ein Wahlrecht, das die breiten Volksschichten zu Gunsten einer kleinen Oberschicht politisch knechtete. Der alte Januschauer war ehrlicher. Den Satz: „Vox populi — vox dei“ variierte er in den Satz: „Vox populi — vox Rindvieh“. Das war die Bewertung des Volkes unter dem alten preußischen Landtagswahlrecht. Schon seit seiner Geburtsstunde haftete diesem Wahlrecht ein Makel an. Es wurde nicht auf gesetzmäßigem Wege, sondern durch königliche Verordnung erlassen. Es fälschte das Bild von der wahren Volksstimmung und war völlig ungeeignet, eine den politischen Anschauungen des preußischen Volkes entsprechende Vertretung zu schaffen.

Die Wahl war indirekt. Die Urwähler wählten zunächst nur Wahlmänner und diese erst die Abgeordneten. Die Urwähler hatten also über die Person des Abgeordneten, der sie vertreten sollte, gar kein Bestimmungsrecht. Noch mehr als das indirekte Wahlrecht trug die Einteilung der preußischen Landtagswähler in Klassen nach Steuerleistungen dazu bei, daß 85 Prozent der Wahlberechtigten nur wählen spielen, aber nicht wirklich wählen konnten. Man stufte also das Wahlrecht nach Steuerleistungen ab, die an sich keineswegs ein höheres politisches Verständnis bedingen und verschaffte zu



ungunsten des überwiegenden Teils der Bevölkerung einer Minderheit politische Vorrechte. Ein Beispiel: die dritte Wählerklasse zählte 6 006 204 Wähler, die zweite 856 914, die erste 238 835. Da jede dieser 3 Wählerklassen dieselbe Zahl von Wahlmännern wählte, hatte also ein Wähler erster Klasse 25 mal soviel Einfluß auf das Wahlergebnis wie ein Wähler dritter Klasse und ein Wähler zweiter Klasse nur den vierten Teil des Einflusses eines Wählers erster Klasse, aber sieben mal soviel Einfluss wie ein Wähler dritter Klasse. Das war das „gelobte“ Alt-Preußen.

Dazu kam die Öffentlichkeit der Abstimmung, die allen möglichen Wahlbeeinflussungen und dem Terrorismus Tor und Tür öffnete und die Wähler besonders aus dem Mittelstand und den unteren und mittleren Beamtenkreisen von der Wahlbeteiligung abschreckte. Bismarck selbst nannte dieses Wahlrecht „das elendeste aller Wahlsysteme“. Aber die Rechtsparteien, im Geiste dieselben, die heute das Volksbegehren propagierten und für die Wiederherstellung Alt-Preußens schwärmten, hielten zähe daran fest und schlugen durch ihre politische Macht alle Versuche auf Änderung ab. So ging Preußen in das große Völkerringen. Und die preußischen Volksschichten aus der 3. Wählerklasse, die Blut und Leben für das Vaterland hingaben, mußten es sich gefallen lassen, daß die in Preußen herrschende Oberschicht an diesem Knechtschaftssystem auch während des Krieges bis zum bitteren Ende nicht rütteln ließ.

In Alt-Preußen war jeder ein freier Mann, der sich aufwärts arbeiten konnte? Schämten sich die reaktionären Parteien wirklich nicht, so etwas zu behaupten? Ein kleines Beispiel, wie die angeblich altpreußische Freiheit dem Lehrer gegenüber beschaffen war. Nach der „Preußischen Lehrerzeitung“ beantwortete ein blaublütiger Herrenmensch aus Hinterpommern das Anstellungsgesuch eines Lehrers wie folgt:

„Bevor ich Ihnen meine Zustimmung zu Ihrer Berufung in die hiesige Schulstelle erteile, wollen Sie mir auf folgenden Punkt eine bestimmte, bindende Antwort geben:

Wie ist Ihr politischer Standpunkt? Gehören Sie der Konservativen Partei aus vollem Herzen an?“

Das war die gelobte altpreußische Gewissensfreiheit!

#### **Abbau der erwerbstätigen Frauen?**

Gegen die arbeitende und besonders gegen die erwerbstätige Ehefrau richtet sich der von allen Seiten erstrebte Abbau. In der „Deutschen Lehrerinnenzeitung“ setzt sich Emmy Beckmann (Mitglied der Staatspartei), ausführlich mit der ganzen Strömung auseinander, um darzutun, welches ungeeignete Mittel hier vorliegt, um der Arbeitslosigkeit in ihrer Massenhaftigkeit zu steuern. Tatsächlich werden die Wirkungen eines allgemeinen Abbaus der weiblichen Kräfte in Staat und Wirtschaft stark überschätzt! Schon allein, wenn man sich vor Augen hält, daß von den 3,7 Millionen erwerbstätigen Frauen, die es in Deutschland gibt, 77 Prozent unbezahlte Kräfte sind, sogenannte mithelfende Familienangehörige in den Unternehmungen ihrer Männer (hauptsächlich in der Landwirtschaft), so bekommen die Zahlen,

die man überall kritiklos nennen hört, ein völlig anderes Gesicht. Und dieser Eindruck vertieft sich, wenn man weiter hört, daß von den 708000 bezahlten verheirateten Frauen wiederum 219375 in der Landwirtschaft stecken, so daß von den angeblichen Konkurrentinnen der Männer nur noch eine halbe Million übrig bleibt. Dieser halben Million gegenüber aber steht zu bedenken, daß ihre Entlassung oder ihr Verbleiben teils eine Lohnfrage, teils eine Eignungsfrage, teils eine Gerechtigkeitsfrage ist. Es vertragen nicht alle Betriebe und alle Arbeiten den Standpunkt der Rentabilität aus den Ersatz der billigeren Arbeitskraft durch die teure männliche; es stehen nicht für jede Arbeit, die Frauen, traditionsgemäßig oder auf Grund besonderer persönlicher Eignung, im Wirtschaftsleben verrichten, entsprechende Männerkräfte zur Verfügung, und wer will die Härte auf sich nehmen, die große Zahl verheirateter Frauen aus der Arbeit zu weisen, die trotz Verheiratetsein eben nicht versorgt sind, sondern auf eigenes Verdienen angewiesen, weil etwa der Mann krank oder arbeitslos oder ungenügend bezahlt ist oder unversorgte Eltern oder sonstige Familienangehörige mitzuernähren sind. Auf diese Weise bleibt von der halben Million ein winziger Bruchteil übrig, und damit ist das deutsche Arbeitslosenproblem bestimmt nicht zu lösen.

Natürlich sollten heute alle, Mann oder Frau, die es „nicht nötig haben“ sich fragen, ob sie es mit ihrem sozialen Gewissen vereinbaren können, Erwerbsarbeit zu verrichten. So aber, als einseitige Maßnahme, und mit kurzsichtiger Härte nur gegen die verheiratete Beamtin oder Angestellte durchgeführt, muß man bei der geringen Zahl der erreichbaren Fälle sagen, daß die einzige irgendwie tiefer gehende Wirkung solchen Vorgehens eine neue Erschütterung des Vertrauens und Rechtsgefühls der Frauen sein muß. Trotz allem, was sich geändert hat — die zuerst Geopferten, die leichten Herzens Geopferten, sind immer die Frauen! „Darf ein Staat“, so schließt Emmy Beckmann, „der ein Volks- und Rechtsstaat sein will, dies beschließen, um einer durch Sorge und Not ratlos gewordenen Bevölkerung den Schein einer Hilfe vorzuspiegeln?“

**Preußens Leistungen für die Kirche. (Die Pfarrerbesoldung).** Angesichts der immer noch andauernden Hetze der Rechtsparteien ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Preußische Staatsministerium dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, wonach das „kirchenfeindliche“ Preußen als Zuschüsse zu den Pfarrerbesoldungen jährlich bereitstellen will: 45289000 RM für die evangelischen Landeskirchen, 19030000 RM für die katholische Kirche. Bis jetzt hatte Preußen jährlich bereitgestellt: 51 Millionen RM für die evangelischen Landeskirchen, 21 Millionen für die katholische Kirche. Die Senkung ist eine Folge der Besoldungsverkürzung der Beamten.

Viele evangelischen Pfarrer, die noch immer nicht den neuen Staat bejahen wollen und insbesondere die, die im Kampf gegen ihn stehen, sollten darüber nachdenken, was das republikanische Preußen freiwillig für die Kirche leistet. Wäre diese Leistung nicht vorhanden, so wären zum Teil die Pfarrergehälter nicht

gesichert. Aber es ist auch hier so: „Das Geld der Republik läßt man sich gefallen“.

### Rekordjahr der Kirchenaustritte

Das thüringische Statistische Landesamt gibt eine Uebersicht über die Kirchenaustrittsbewegung in Thüringen. Diese Uebersicht zeigt, daß das Jahr 1930 ein Wiederaufleben der Kirchenaustrittsbewegung gebracht hat, und zwar in einem Umfang, der in der evangelischen Kirche nur im Jahre 1920 übertroffen wurde und der in der katholischen Kirche überhaupt noch nicht erreicht worden ist. Seit 1919 zählt die evangelische Kirche in Thüringen einen Verlust von 137000 Personen, die katholische einen Verlust von 5000 Personen, das bedeutet für die evangelische Kirche einen Bestandsverlust von 9%, für die katholische Kirche von etwa 11%. In einzelnen Städten sind die Zahlen erheblich höher. Den Rekord hält Gera mit 34% Austritten aus der evangelischen Kirche. Bei beiden Konfessionen sind anteilmäßig mehr Männer als Frauen ausgetreten. Bei der evangelischen Kirche waren aber die Austritte von Frauen verhältnismäßig geringer als bei der katholischen Kirche.

**Die Reform der Sozialversicherung.** Den notleidenden Sozialversicherungen kann nicht dadurch geholfen werden, daß man sie mit der gesunden Angestelltenversicherung verkoppelt. Dann macht man auch diese noch krank. Ein Rückgriff auf sie, die noch keinen Pfennig Reichszuschuß erhalten hat, wäre ein schwerer Fehler und würde eine folgenschwere Erschütterung des Vertrauens in den Staat zur Folge haben. Den unverschuldet in Not geratenen Versicherungen muß aus allgemeinen Mitteln geholfen werden, wie man ja auch der Landwirtschaft geholfen hat, obgleich die finanzielle Lage des Reiches nicht rosig ist. Reichsfinanzminister Dietrich macht die stärksten Anstrengungen, um die finanzielle Lage des Reiches zu bessern. Die Finanzlage der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist noch immer befriedigend, wenn auch Einnahmen und Ueberschuß nicht mehr so stark wie in den Vorjahren steigen. Die Zahl der Ruhegeldempfänger ist im Jahre 1930 auf 129 244 gestiegen. Sie erfordern einen monatlichen Kostenaufwand von 9,96 Millionen RM. Der Aufwand für Hinterbliebenenrenten beträgt monatlich 4,1 Millionen RM, dazu treten noch die Kosten für Heilverfahren. Die Gesamteinnahmen betragen 1930 rund 547,8 Millionen RM, denen fast 224,8 Millionen RM an Ausgaben gegenüberstehen. Die Verwaltungskosten betragen knapp 3,4%, ein durchaus bescheidener Anteil — Das Vermögen hat sich auf 1633,3 Millionen RM erhöht. — Die Angestelltenversicherung ist zur Zeit also finanziell durchaus gesund. Sie darf aber gerade deshalb nicht durch Hineinziehung in die anderen ungesunden Sozialversicherungen gefährdet werden. Sollten im Reichstag Pläne zur Einbeziehung auftauchen, so wird die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft ihnen mit allem Nachdruck entgegen treten. In diesem Sinne hat sich der Abg. Schneider in neuester Zeit deutlich ausgesprochen.

### Aus dem Nazilager

**Industriegelder für Hitler.** Die „Rheinische Zeitung“, das sozialdemokratische Organ in Köln, brachte in diesen Tagen eine Meldung, wonach noch vor kurzer Zeit der Bergbauliche Verein in Essen, der schon vor den Septemberwahlen des vorigen Jahres gewaltige Summen in die Kassen der Nationalsozialisten gegeben habe, der nationalsozialistischen Parteileitung wiederum eine halbe Million Mark bewilligt habe. Zwar hätten die Antragsteller, die führenden Leute des Verbandes, in einer Sitzung einigen Widerspruch gefunden, dem Bedenken wegen der sozialistischen Forderungen im nationalsozialistischen Programm zugrunde lagen, aber hierauf sei lachend erwidert worden: „Man weiß doch, was das bei dieser Bewegung besagen will, und wir haben auch entsprechende Garantien . . .“

Diese Meldung des Kölner sozialdemokratischen Organs ist zwar sofort von einem der Industrie nahestehenden Blatt als frei erfunden dementiert worden, und zwar auf Grund einer Anfrage bei dem Vorsitzenden des Bergbaulichen Vereins, Herrn Dr. Brandi. Gleichwohl dürfte die Mitteilung der Rheinischen Zeitung richtig sein. Denn auch die Reichsregierung hat eine Mitteilung über die Subventionierung der Hitlerbewegung durch den Bergbaulichen Verein erhalten. Sie wird von ihr als zutreffend erachtet.

### Eine Nazigröße gestürzt!

Das Sonneberger Finanzamt teilt amtlich mit, daß der Ende der 20er Jahre stehende, aus Magdeburg stammende und verheiratete Steuerobersekretär Fritz Jahnecke wegen Unregelmäßigkeiten fristlos und ohne Pensionsanspruch entlassen worden ist, nachdem er den veruntreuten Betrag zurückgezahlt hat. Jahnecke, der inzwischen aus Sonneberg verschwunden ist, hat fortlaufend Tagesgelder zu Unrecht liquidiert. Der Fall erregt in Sonneberg und in ganz Südthüringen um so mehr Aufsehen, als Jahnecke eine führende Persönlichkeit in der NSDAP war. Er war Vorsitzender der Sonneberger Ortsgruppe und Redakteur des „Beobachters“ für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen.

### Wieder tritt ein Naziführer zu den Kommunisten über

Der Sturmführer der S. A. der nationalsozialistischen Partei, Ortsgruppe Zweibrücken, Karl Conrad, teilt in einer Erklärung seinen Austritt aus der NSDAP und seinen Uebertritt zur kommunistischen Partei mit. Als Gründe hierfür bezeichnete er u. a. das Eintreten der NSDAP im Auftrag des Großkapitals gegen die wirklichen Kämpfer gegen die Youngsklaverei.

### Nationalsozialist als bezahlter Spion Polens

Vor dem Schöffengericht in Königsberg in Preußen kam eine bemerkenswerte Klage gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Erich Koch zur Verhandlung, die mit der Verurteilung dieses Führers der ostpreußischen Nationalsozialisten zu 500 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des

sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Hertz und anderer Sozialdemokraten endete. Der Gewährsmann Kochs, der sich Majewski nannte, aber in Wirklichkeit Stolzewski heißt, und wegen einer Reihe krimineller Delikte bereits vorbestraft ist, erhielt fünf Monate Gefängnis. Im Verlaufe der Verhandlung wurde diesem nationalsozialistischen Kronzeugen auch nachgewiesen, daß er gleichzeitig für Deutschland und Polen gegen Barzahlung Spionage getrieben hat. In der Urteilsbegründung bezeichnete der Vorsitzende die von Stolzewski, dem Gewährsmann des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Koch, aufgestellten Behauptungen als fortgesetzte elende Gesinnungslumperei. Bei Koch sah das Gericht lediglich deshalb von einer Gefängnisstrafe ab, weil er im Jahre 1929, als er die beleidigenden Aeußerungen tat, noch nicht vorbestraft war.

### Die Hohenzollern und Hitler

August Wilhelms Hoffnungen

In politischen Kreisen ist die Beteiligung von Mitgliedern des früheren deutschen Herrscherhauses bei politischen und halbpolitischen Veranstaltungen erörtert worden, zumal diese Beteiligung sich in der letzten Zeit auffällig steigerte. Der angebliche Plan, den früheren Kronprinzen als Reichspräsidenten-Kandidaten aufzustellen, scheint reichlich phantastisch zu sein, denn einstweilen lehnen es die Nationalsozialisten, wenigstens in der Öffentlichkeit, noch ab, sich für die Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland einzusetzen. In diesen Kreisen traut man also der monarchistischen Parole — zum mindesten vorläufig — keine erhebliche Zugkraft zu.

Auf einem andern Blatt steht freilich die Frage, welche Hoffnungen in den fürstlichen Kreisen an die „nationale Bewegung“ geknüpft werden. Wenn der Prinz August Wilhelm von Preußen aktiv bei den Nationalsozialisten ist, so geschieht das gewiß nicht aus reiner Schwärmerei für das Programm der NSDAP. Es ist bemerkenswert, daß ein Blatt wie die „Saarbrücker Zeitung“, die parteipolitisch nicht gebunden ist, und die stets eine ruhige und sachliche Politik getrieben hat, aus bester Quelle mitzuteilen weiß, daß ein Teil der Hohenzollern-Familie starke Hoffnungen auf die Förderung des monarchistischen Gedankens durch den Nationalsozialismus setzt. Die Frage, wieviel Hitler vom Prinzen August Wilhelm und von anderen Hohenzollern bekommt, ist bisher in der Öffentlichkeit noch nicht aufgeworfen worden.

### Generaloberst Heye im Stahlhelm

Bei der Parade des Stahlhelms in Breslau, bei der natürlich gegen die Regierungen im Reich wie in Preußen wieder auf das schärfste gehetzt wurde, hat es einiges Erstaunen hervorgerufen, daß Generaloberst a. D. Heye, ehemaliger Chef der Heeresleitung, in der Groß-Berliner Stahlhelmgruppe „als einfacher Stahlhelmmann marschierte“. In einem Berliner deutsch-nationalen Blatt erklärte Heye, daß er schon als Chef der Heeresleitung interessante Einblicke in die Arbeit des Stahlhelms

erhalten und sofort nach seinem Ausscheiden den Plan gefaßt hätte, dem Stahlhelm beizutreten.

Wem fällt in diesem Zusammenhang nicht der Erlaß ein, den im Februar dieses Jahres der jetzige Oberste Chef des Reichsheeres, General von Hammerstein-Equord, an die aktiven und ausgeschiedenen Generale und an die Offiziere in Generalstellungen des Reichsheeres gerichtet hat. General von Hammerstein schrieb in dem auch heute noch gültigen Erlaß folgendes wörtlich:

„Im Interesse des Reichsheeres und des Zusammenhangs zwischen ihm und seinen alten Offizieren liegt es, wenn letztere die gebotene Zurückhaltung auch nach ihrem Ausscheiden bewahren. Sie drücken sonst den Gegnern die Waffe in die Hand, die behaupten, daß die Offiziere, solange sie im aktiven Dienst sind, ihre wahre Gesinnung verstecken und dem Staate nur materieller Vorteile wegen dienen.

Ich scheue mich nicht, klar und deutlich auszusprechen, daß es für das Reichsheer weiterhin nicht tragbar ist, daß verschiedene Offiziere, die die Uniform des Reichsheeres tragen, öffentlich in vorher geschilderter Weise gegen das Reichsheer und seine Führung Stellung nehmen. Ich würde es auf das tiefste bedauern, wenn ich mich gezwungen sähe, unter Umständen einen Trennungsstrich ziehen zu müssen, indem ich die Aberkennung des Rechtes zum Tragen der Uniform des Reichsheeres beantrage“.

---

#### Aus dem Wahlkreisverband

**Halle.** Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Saale des Hotels „Rotes Roß“, Leipziger Straße 76. Der thüringische

#### Landtagsabgeordnete Kallenbach

spricht über

„Das Nazi-Experiment in Thürigen“.

Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen werden zu dieser wichtigen Versammlung durch besonderes Anschreiben eingeladen und werden recht dringend gebeten, auch ihre Bekannten und Freunde als Gäste mitzubringen.

**Halle.** Die bisher an jedem 2. Dienstag im Monat veranstalteten politischen Ausspracheabende fallen in den Sommermonaten Juni, Juli, August aus. Sie werden im September wieder aufgenommen. Das Tagungslokal wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

**Eisleben.** Der Gesamtvorstand der Orts- und Kreisgruppe beschäftigte sich mit den bisher verlautbarten Maßnahmen der Reichsregierung zur Ueberwindung der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches. Nach eingehender Aussprache wurde einmütig eine Entschliebung angenommen, in der schwerste Bedenken gegen eine Fortsetzung des bisher üblichen Weges, das Defizit durch einen abermaligen Abbau der Gehälter und

Friedrichstr.

Löhne zu mindern, erhoben wurden. Diese Maßnahme sei, volkswirtschaftlich gesehen ein Fehlgriff, denn niemals könne durch die dadurch herbeigeführte Verminderung der Kaufkraft breiter Volksschichten der Wirtschaft ein neuer Impuls verliehen werden. Die Tatsache, daß, während große Volkskreise immer mehr verelenden, die Zahl der Millionäre wachse, sollte für die Reichsregierung ein Fingerzeig für Abänderung ihrer bisherigen Finanzpolitik sein. Nur eine gerechte Verteilung der Lasten könne eine immer mehr zunehmende Radikalisierung weiter Volksschichten und eine dadurch steigende Gefahr für Staat und Volk vermeiden. Der Reichsparteivorstand und der Bezirksvorstand werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.

**Bitterfeld.** Die letzte Monatsversammlung der Deutschen Staatspartei war einer Reihe sehr wichtiger und aktueller Fragen gewidmet. In einem längeren Vortrage wurde das Thema „Kommt das dritte Reich?“ behandelt: die einzelnen Punkte des national-sozialistischen Programms und die Arbeitsmethoden der NSDAP. wurden eingehend besprochen und einer kritischen Würdigung unterzogen. Dann wurde über die sehr wichtige kommunal-politische Tagung der D. St. P. in Berlin referiert, bei der Themen wie: „Gemeinde und Wirtschaft“, „Gemeinde und Bürger“ zur Besprechung gelangt waren. Ueber den Wahlkreisparteitag in Weißenfels wurde ein eingehender Bericht gegeben. Endlich wurde in einem interessanten Referat der städtische Etat behandelt. Angeregte Debatte hielt die Mitglieder bis nach Mitternacht zusammen.

In der April-Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Stadtrat Dietrich, ein eingehendes Referat über die städtischen Liegenschaften.

### Generalvertreter **L. Starck**, Halle - Diemitz

schließt Versicherungen ab für:

**Karlsruher**

**Lebensversicherungsbank AG.**

Alle Arten von Lebens-Versicherungen, Studiengeld- und Aussteuer-Versicherungen

**Hammonia, Allgemeine Versicherungs-A. G. in Hamburg**

Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen, Glas-, Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung

usw.

Ich bitte meine Parteifreunde, mich im Bedarfsfalle zu berücksichtigen.

#### Mitteilung des Verlags und der Schriftleitung

Eine Umstellung des Inhalts wie auch des Formats des „P.W.“ wird in nächster Zeit erfolgen. Unsere Bezieher werden rechtzeitig unterrichtet.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 10/11

Halle (Saale), 10. Juni 1931

12. Jahrgang

## Alt-Preußen — Neu-Preußen

I.

Preußen muß wieder preußisch werden! Preußen muß wieder national werden! Im alten Preußen war jeder ein freier Mann, der sich aufwärtsarbeiten konnte! — So und ähnlich lauteten die Schlagworte, mit denen die Rechtsparteien die Begeisterung der Preußenwähler für das Volksbegehren zur Auflösung des Landtags entfachen wollten. Das ist nicht gelungen, denn von 26,3 Millionen Stimmberechtigten sind ihnen nur 5,9 Millionen



der kontrollier-  
Ruf „Preußen  
er war, werden,  
r Preußenwähler  
den Zuständen

allzu leicht und  
unter dem alten  
durch die Um-  
en — weggefegt  
Preußenwählern  
ußen aus? Fürst  
schland voran!“  
auf ein Wahl-  
en einer kleinen  
anschaumer war  
varierte er in  
as war die Be-  
n Landtagswahl-  
esem Wahlrecht  
n Wege, sondern  
nte das Bild von  
eignet, eine den  
s entsprechende

wählten zunächst  
geordneten. Die  
geordneten, der  
t. Noch mehr  
der preußischen  
stungen dazu  
ählen spielen,  
also das Wahl-  
keineswegs ein  
verschaffte zu